

Den Mitgliedern des AfBJS

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/2374

zu Drs. 7/5371/4674 NF

Thüringer Forschungs- und Arbeitsstelle
für Inklusive Bildung

Nordhäuser Str. 74, Haus 24
99089 Erfurt

Thüringer Landtag
Referat A 2
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
20.02.2023 15:40

5032/23

18.02.2023

Stellungnahme zu:

1. CDU-Fraktion sowie Parlamentarische Gruppe der FDP: Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte (vom 25.04.2022)
2. Parlamentarische Gruppe der FDP: Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht (05.01.2022)

Zu 1:

CDU-Fraktion sowie Parlamentarische Gruppe der FDP: Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte (vom 25.04.2022)

Im Abschnitt *A: Problem und Regelungsbedürfnis* sowie in der *Begründung* werden Behauptungen aufgestellt, von denen keine einzige empirisch belegt ist:

- Behauptet wird unter anderem das „*Vorantreiben der Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ohne die notwendige zusätzliche Schaffung der personellen, sächlichen und räumlichen Bedingungen vor Ort*“. Die Inklusionsquote ist seit dem Schuljahr 2020/21 kontinuierlich jährlich um nur durchschnittlich 2 Prozentpunkte angestiegen, dieser Anstieg hat sich seither noch verlangsamt. Aktuell ist mit einer Inklusionsquote von 45,3% eine Plateaubildung eingetreten. Ein „Vorantreiben“ von Inklusion gibt es nicht. Die Rahmenbedingungen schulischer Inklusion werden in keinem anderen Bundesland so sorgfältig erfasst und diskutiert wie in Thüringen – durch den „Thüringer Entwicklungsplan Inklusion 2020“ sowie durch den „Thüringer Entwicklungsplan Inklusion 2021–2025“. Hier ist unter anderem dokumentiert, welche Anstrengungen die Schulträger in allen Gebietskörperschaften in den vergangenen Jahren unternommen haben, um die geforderten sächlichen und räumlichen Vorkehrungen für schulische Inklusion zu schaffen. Unzureichende Gelingensbedingungen räumlicher, sächlicher und personeller Art können übrigens nicht nur im gemeinsamen Unterricht, sondern unzureichende Rahmenbedingungen können jeden Unterricht in jeder Schulart von der Grundschule über die Förderschule bis zum Gymnasium gefährden. Auch Förderschulen sind nicht vollständig barrierefrei (aktuell nur 34% der Schulen). Nach den Angaben der öffentlichen

Schulträger zur Planung des weiteren barrierefreien Ausbaus werden im Jahr 2025 die besten räumlichen Rahmenbedingungen bezüglich Barrierefreiheit nicht an Förderschulen, sondern an Thüringer Gemeinschaftschulen vorzufinden sein (diese sollen dann zu 43% vollständig - d.h. für die Beschulung von Schülerinnen und Schülern aller Förderbedarfe geeignet - und zu fast 77% mindestens teilweise barrierefrei sein) und auch an den Gymnasien (dann zu fast 62% mindestens teilweise barrierefrei) vorhanden sein. Gegenwärtig stellt das Gymnasium die am meisten barrierefreie Schulart dar (51% aller Gymnasien sind barrierefrei), aber an dieser Schulart ist der Anteil von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf am niedrigsten.

- Behauptet wird, dass es erforderlich sei, „die sächlichen und personellen Voraussetzungen an Schulen für gemeinsamen Unterricht zu schaffen, bevor Kinder mit dem entsprechenden Bedarf die Schule besuchen“. Angemessene Vorkehrungen für jeden möglichen Förderbedarf an jeder Schule im Voraus zu schaffen, das ist aber weder sinnvoll noch möglich, sondern sie sind – im Sinne der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen – jeweils vor Ort Zug um Zug zu schaffen. Dass schulische Inklusion nicht voraussetzungsfrei ist, ist unstrittig. Dem trägt das Land jedoch angemessen Rechnung, zumal unter gleichen rechtlichen und materiellen Bedingungen schulische Inklusion an unterschiedlichen Schularten und bei unterschiedlichen Trägern erfolgreich stattfindet. Die Unterschiede im Erfolg schulischer Inklusion können folglich nicht primär auf die rechtlichen, materiellen oder personellen Unterschiede zurückgeführt werden.
- Befürchtet wird, „dass Förderzentren [...] zu reinen Beratungszentren werden, in denen kein Unterricht stattfindet“. Richtig ist aber, dass die Schülerzahl an Förderzentren in den vergangenen Jahren leicht gestiegen ist, und zwar von 3,75% im Schuljahr 2018/19 auf 3,9% im Schuljahr 2021/22.
- Behauptet wird, dass „der gemeinsame Unterricht nicht gesetzlich Schülern, Lehrern und Eltern verordnet werden [kann]. Vielmehr [sei] er ein politisches und pädagogisches Ziel unter Beachtung der vorhandenen Ressourcen.“ Es geht hier nicht um ein pädagogisches Ziel, sondern um Rechtsansprüche im Rahmen der durch die Bundesrepublik ratifizierten UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen. Die Antragsteller verkennen völlig die Dimension, indem hier ein sehr begrenztes Verständnis von Pädagogik in eine Gegensatzposition zu staatlichen Regelungsmöglichkeiten und -anforderungen bringt.
- Behauptet wird mit Blick auf entwicklungsverzögerte Schüler*innen, dass „die engsten Bezugspersonen [...] das jeweilige Kind genau [kennen] und besser als außenstehende Personen einschätzen [können], ob es bereits in der Lage ist, die vielfältigen Anforderungen des Schulalltags zu meistern oder nicht“. Zweifellos kennen die Sorgeberechtigten die mit ihnen lebenden Kinder und Jugendlichen sehr gut, aber Fragen der Einschulung, der Schullaufbahnentscheidung usw. können nicht allein aus dem alltäglichen Leben heraus getroffen werden; hier ist auch die Expertise von Fachpersonen unabdingbar. Diese in gleicher Weise wie hier zitiert für obsolet zu erklären, wäre in den Bereichen der medizinischen oder pflegerischen Versorgung undenkbar. Im geltenden Schulrecht ist die einschlägige sonderpädagogische Expertise festgeschrieben. Dies ist gerade angesichts der besonderen Bedarfe von jungen Menschen mit Behinderungen der einzig fachlich zu verantwortende Weg, um diesen Bedarfen gerecht zu werden.

- Es wird die Notwendigkeit eines freien Schulwahlrechts für Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gefordert. Dem wäre zuzustimmen, wenn es für *alle* Sorgeberechtigten, für *alle* Kinder und Jugendlichen sowie in Bezug auf *alle* Schularten eingefordert würde. Aber das hier benannte Elternwahlrecht ist ein auf Exklusion begrenztes Wahlrecht für eine ausgewählte Gruppe von Schüler*innen.

Zu den gesetzlichen Änderungsvorschlägen: Es handelt sich bei den zentralen Aussagen des vorliegenden Antrages um wortgleiche Übernahmen von Textpassagen aus dem Gesetz für die Förderschulen in Thüringen (Förderschulgesetz –FSG) vom 21. Juli 1992 sowie aus dem Thüringer Schulgesetz vom 6. August 1993 (zuletzt in der Fassung vom 30. April 2003). Vorgelegt wird somit ein Gesetzentwurf, dessen zentrale Passagen drei Jahrzehnte alt sind und die noch hinter der Schulgesetznovelle von 2003/04 zurückbleiben und gesellschaftliche sowie schulpolitische Entwicklungen aus drei Jahrzehnten ausblenden – übrigens auch nachhaltige Prozesse der Schul- und Unterrichtsentwicklung, die in allen Thüringer Schulen seither stattgefunden haben. Hierzu Anmerkungen zu einzelnen Artikeln:

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte	
<p>1. § 2 wird wie folgt geändert: In Absatz 2 werden die Sätze 2 und 3 wie folgt neu gefasst:</p> <p>„Die Schulen haben den Auftrag, Schüler mit und ohne Förderbedarf entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten zu fördern und zu fordern. Dabei ist dafür zu sorgen, dass entsprechende Gelingensbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler geschaffen werden.“</p>	<p>In dieser Neufassung ist <i>der Vorrang des Gemeinsamen Unterrichts weggefallen</i>, der in der Bundesrepublik in Folge der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention nach 2008 umfassend Eingang in die Schulgesetzgebung der Bundesländer gefunden hat. Mit diesem Wegfall versetzt sich Thüringen in die Zeit von vor 2008 und ignoriert die UN-BRK.</p> <p>In dieser Neufassung <i>ist die Fortschreibung des „Thüringer Entwicklungsplans Inklusion“ weggefallen</i>. Das ist kontraproduktiv selbst für die Einbringer des vorliegenden Gesetzentwurfs, für die die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen nach eigenem Bekunden doch eine Herzensangelegenheit ist.</p>

<p>2. Absatz 11 wird wie folgt gefasst:</p> <p>(11) Die Förderschule bietet einen dem jeweiligen sonderpädagogischen Förderbedarf entsprechenden Unterricht für Kinder und Jugendliche, die an den anderen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen keine ausreichenden Fördermöglichkeiten vorgehalten werden können. Die Schüler können entsprechend ihrer Befähigung und Leistung den Hauptschulabschluss, den Qualifizierenden Hauptschulabschluss sowie den Realschulabschluss erwerben. Absatz 3 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend. Die Förderschule bietet darüber hinaus sonderpädagogische Beratung und Förderung in den allgemeinen Schulen an.“</p>	<p>Dieser Vorschlag <u>bleibt sogar hinter dem Stand des Thüringer Förderschulgesetzes von 1992 §1 (2) zurück</u>, hier ist zunächst der gemeinsame Unterricht an Grund- und weiterführende Schulen vorgesehen!</p>
<p>§ 7a wird wie folgt geändert:</p> <p>„Regionale Förderzentren können einen oder mehrere Förderschwerpunkte führen und nach Maßgabe von §4 Abs. 11 mit den ihnen in einem Netzwerk zugeordneten allgemeinen Schulen (Netzwerkschulen) zusammenarbeiten.</p>	<p>In dieser Neufassung <i>entfällt die Funktion des Förderzentrums als Unterstützungs- und Beratungszentrum</i>. Das würde einen massiven Rückschlag für die Absicherung sonderpädagogischer Kompetenz insbesondere in den ländlichen Regionen Thüringens bedeuten.</p>
<p>§ 8a wird wie folgt geändert:</p> <p>(1) Gemeinsamer Unterricht findet nach Maßgabe der vorhandenen oder mit vertretbarem Aufwand bis spätestens zur Einschulung zu schaffenden personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen in den allgemeinen Schulen in enger Zusammenarbeit mit den Lehrern und sonderpädagogischen Fachkräften der Förderschule sowie den Mobilen sonderpädagogischen Diensten der Förderschulen statt.</p>	<p>Hierbei handelt es sich um eine <u>wörtliche Übernahme aus dem Thüringer Förderschulgesetz vom 02.07.92</u>.</p>
<p>b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3) Auf der Grundlage des sonderpädagogischen Gutachtens sowie nach Maßgabe der vorhandenen oder mit vertretbarem Aufwand zu schaffenden personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen empfiehlt das zuständige Schulamt im Benehmen mit dem Schulträger für den Schüler den nächstgelegenen geeigneten Lernort im gemeinsamen Unterricht oder an der Förderschule. Hierzu kann die am Schulamt installierte Steuergruppe, welche über das Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen nach Satz 1 berät, einbezogen werden. Die Letztentscheidung über den Ler-</p>	<p>Hierbei handelt es sich um eine <u>wörtliche Übernahme aus dem Thüringer Förderschulgesetz vom 02.07.92</u>. In diesem drei Jahrzehnte alten Gesetzestext ist noch der sogenannte „<i>Haushaltsvorbehalt</i>“ enthalten, nach dem gemeinsamer Unterricht „von der Maßgabe der vorhandenen oder mit vertretbarem Aufwand zu schaffenden ... Voraussetzungen“ von der abhängig war. Ein solcher „Haushaltsvorbehalt“ ist mit der UN-BRK</p>

nort im gemeinsamen Unterricht oder an der Förderschule liegt bei den Erziehungsberechtigten.“	nicht vereinbar. Die in der UN-BRK verankerte „Schaffung angemessener Vorkehrungen“ wird im „Thüringer Entwicklungsplan Inklusion fortlaufend festgeschrieben.
Absatz 3 wird wie folgt gefasst: „(3) Ein schulpflichtiges Kind, kann auf Antrag der Eltern für die Dauer eines Schuljahres vom Besuch der Klassenstufe 1 der Grundschule zurückgestellt werden, wenn aufgrund der Entwicklung des Kindes zu erwarten ist, dass es nicht mit Erfolg am Unterricht teilnehmen kann. Der Antrag kann erst nach der schulärztlichen Untersuchung und nach Beratung durch die Schule gestellt werden. Die Zeit der Zurückstellung wird nicht auf die Dauer der Schulpflicht angerechnet.“	Hierbei handelt es sich um eine weitgehend wortgleiche <u>Übernahme aus dem Thüringer Schulgesetz vom 06.08.1993, §18 (3)</u> . Dieser Vorschlag für die Neufassung geht noch hinter das Thüringer Schulgesetz von 1993 zurück. In diesem Gesetz war eine Rückstellung „im Ausnahmefall“ vorgesehen!

Zu 2:

Parlamentarische Gruppe der FDP: Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht (05.01.2022)

Der Antrag basiert auf einem *verkürzten Verständnis des Transformationsprozesses von einem überwiegend segregierenden hin zu einem überwiegend inklusiven Schulsystem*, wenn von der Landesregierung gefordert wird, darüber zu berichten, „welche Schulen in Thüringen im Zusammenhang mit gemeinsamem Unterricht besonders herausragen und wie die dortigen Erfahrungen für die allgemeine Entwicklung des gemeinsamen Unterrichts genutzt werden können“. Inklusive Schul- und Unterrichtsentwicklung konkretisiert sich zwar jeweils auf Ebene der Einzelschule, aber die erforderlichen Voraussetzungen und Impulse für diese Entwicklung überschreiten den Rahmen der Einzelschule. Jede Einzelschule ist Bestandteil eines kommunalen bzw. regionalen Netzwerkes, einer Bildungslandschaft mit jeweils besonderen historischen Voraussetzungen und gegenwärtigen Umsetzungsmöglichkeiten. An der Gestaltung dieser kommunalen bzw. regionalen Bildungslandschaft wirken verschiedenste Akteure mit. In den Blick zu nehmen wären deshalb nicht Einzelschulen, sondern kommunale bzw. regionale Bildungslandschaften, in denen es verschiedensten Akteuren gelingt, inklusive Bildung nachhaltig und in hoher Qualität zu etablieren. Beispielhaft sei die Stadt Jena genannt, in der ca. 90% aller Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf im inklusiven Unterricht lernen. Die Entstehungsbedingungen dieser speziellen kommunalen Bildungslandschaft sind übrigens gut erforscht und seit 2019 auch einschlägig veröffentlicht.

Abzulehnen ist deshalb der Vorschlag, „Gelingensbedingungen für den gemeinsamen Unterricht festzuschreiben und die Schulen, die diese erfüllen, explizit als ‚Schulen für gemeinsamen Unterricht‘ hervorzuheben.“ Denn Prozesse der Schul- und Unterrichtsentwicklung sind nicht nur stark kontextabhängig, sondern sie sind immer hoch komplexe und hoch dynamische Prozesse – und stellen nicht statische Qualitätsmerkmale dar. Durch den Ge-

nerationenwechsel in den Kollegien und Schulleitungen sowie durch die Mobilität von Lehrkräften sind die professionellen Kooperationen für Schul- und Unterrichtsentwicklung selbst einem kontinuierlichen Wandel unterworfen. Es kommt also nicht darauf an, einmal identifizierte „Leuchttürme“ sichtbar zu machen, sondern es kommt darauf an, allen Schulkollegien und Schulleitungen Freiräume und Möglichkeiten inklusiver Schulentwicklung in nachhaltiger Weise zu eröffnen.

Ein abschließendes Wort zu den im Antrag genannten „Kindern mit starken körperlichen und geistigen Behinderungen“, deren „Eltern [...] eine der kompetenten und leistungsstarken Förderschulen als bestmöglichen Bildungsanbieter“ wählen können sollen. Hiermit ist ganz offensichtlich gemeint: Je schwerer eine Behinderung sich darstellt, umso stärker soll das Elternrecht wirken – und zwar ausschließlich das Elternrecht auf Exklusion. Denn das Wahlrecht der selben Eltern mit einem als schwer und mehrfach behindert bezeichneten Kind gelangt sofort an seine Grenzen, wenn diese Eltern zu der Auffassung gelangen, dass die Schulart Gymnasium für ihr Kind am besten geeignet sei, weil dort die sozial kompetentesten, klügsten und empathischsten Mitschüler zu finden wären – mithin die gesellschaftliche Elite von morgen. Ich fühle mich bei diesem Vorschlag des Elternwahlrechts auf Exklusion in sehr unangenehmer Weise an meine eigene Schulzeit vor vierzig Jahren erinnert. Ich hatte nicht das Glück, in meiner Schule mit Kindern aufzuwachsen, deren kognitive oder motorische oder sensorische Zugänge zur Welt sich von meinen eigenen nennenswert unterschieden. Ich habe es als Kind nicht gelernt, mich unbefangen, neugierig und kooperativ auf sie einzustellen. Diese Erfahrungen konnte ich mir erst als Erwachsene aneignen, und zwar durch wiederholte Erfahrungen kommunikativer Inkompetenz. Wir sollten heute aus unseren eigenen bildungsbiographischen Erfahrungen gelernt haben und nicht reflexhaft die Erfahrungen früherer Generationen wiederholen. Die erste Frage muss deshalb sein: Wie können möglichst verschiedene Kinder und Jugendliche am gleichen Wohnort, an der wohnortnächsten Schule miteinander aufwachsen und füreinander kompetent werden? Wir leben in einer alternden und zugleich sozial und kulturell heterogener werdenden Gesellschaft. Alle Kinder und Jugendlichen von heute benötigen deshalb andere, nämlich inklusive Möglichkeiten des Aufwachsens, damit sie ihre Persönlichkeit in der Welt von heute für die Welt von morgen entwickeln können.